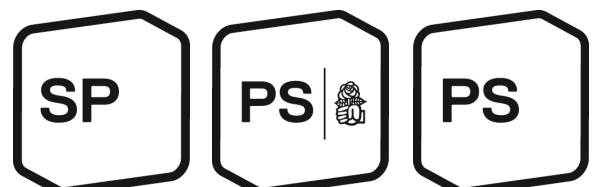


ANTRÄGE KURZFASSUNG PARTEIPROGRAMM

Zuhanden Parteitag am
8. / 9. September 2012
Kongresszentrum Lugano

Traktandum 7

Das Antragsheft ist in der jeweiligen Muttersprache des/der VerfasserIn verfasst.



TRAKTANDUM 7: KURZFASSUNG PARTEIPROGRAMM

Mit der Einladung erhielten die Parteitagsdelegierten eine Kurzfassung vom Parteiprogramm (verabschiedet von der Geschäftsleitung der SP Schweiz am 29. Juni 2012). Der Text ist eine Kurzfassung des Parteiprogramms, welches der Parteitag der SP Schweiz am 30./31. November 2010 in Lausanne verabschiedet hat. Die Kurzfassung konzentriert sich auf die Kapitel «Unsere Vision» und «Unser Weg» des Parteiprogramms.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Zustimmung

Ablauf gemäss Vorschlag der Geschäftsleitung:

Die Anträge A-1 bis A-26 werden der Reihe nach gemäss den Stellungnahmen der GL behandelt, wobei A-5 die grundsätzliche Erklärung zu den darauf folgenden Anträge der PS vaudois darstellt und somit darüber nicht abgestimmt wird.

Nach der Detailberatung wird abschliessend die um die Anträge ergänzte Kurzfassung der GL dem Gegenentwurf von A-1 (Willy Spieler et al.) gegenübergestellt.

(Anträge eingereicht bis 10. August 2012)

ALLGEMEINES

A-1 Willy Spieler et al., SP Zürich 1/2: Gegenvorschlag zur Kurzfassung Parteiprogramm

Antrag

Der Parteitag beschliesst Nichteintreten auf den Entwurf für eine Kurzfassung des Parteiprogramms der Geschäftsleitung SP Schweiz und stattdessen Eintreten auf den Gegenvorschlag Spieler und Mitunterzeichnete.

Begründung

Die Kurzfassung der Parteileitung enttäuscht in mancherlei Hinsicht. Kurz muss nicht abstrakt und inhaltsleer heissen. Gerade weil das zugrunde liegende Lausanner Parteiprogramm 2010 nur schwer lesbar, redundant und widersprüchlich ist, dürfte die Kurzfassung einen besonderen Stellenwert erlangen, zumal sie ebenfalls vom Parteitag verabschiedet wird. Der GL-Entwurf verkürzt nicht nur, er verwässert auch das Parteiprogramm, als gelte es mit abgeschliffenen Formelkompromissen seine nachträgliche Kompatibilität mit dem medialen Mainstream sicherzustellen. Der Gegenvorschlag will Plattitüden vermeiden und sich auf die zukunftssträchtigen, im besten Sinn radikalen Punkte des Parteiprogramms konzentrieren. Er enthält nichts, was über das Parteiprogramm hinausgeht oder hinter ihm zurück bleibt und hält sich soweit wie möglich an dessen Wortlaut.

Die wichtigsten Kritikpunkte an der Kurzfassung der GL sind:

1. Der beschlossene Titel *Für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie* gehört auch in die Kurzfassung. Die Verkürzungen des GL-Entwurfs beginnen schon damit, dass dieser nur noch mit *Parteiprogramm* überschrieben ist.
2. Die Grundwerte sind dem GL-Entwurf keine müde Zeile wert. Damit wird ihr herausragender Stellenwert für die sozialdemokratische Identität verkannt.
3. Indem „UNSERE VISION“ in der Kurzfassung nicht mehr „demokratischer Sozialismus“ heisst, droht das Abgleiten in Ökonomismus. Diesen identitätsstiftenden Begriff, um den der Programmparteitag gerungen hat, einfach ausser Acht zu lassen, verrät zudem wenig Sensibilität für die grosse Mehrheit der Parteibasis.
- Was „UNSERE VISION“ sein soll, bleibt unklar. „Demokratisierung der Wirtschaft“ wird im „Kern“ als eine „Demokratisierung der Eigentumsordnung“ dargestellt, die „das Eigentum nicht abschaffen, sondern es in Schranken weisen“ will. Was heisst das? Demokratisierung der Wirtschaft verändert doch die Verfügungsgewalt über die (wichtigsten) Produktionsmittel und überwindet die heutige Dominanz des privaten Kapitals, insbesondere des Finanzkapitals. Dass die SP das persönliche und das KMU-Eigentum nicht abschaffen will, ist richtig, müsste in dieser Differenzierung aber auch gesagt werden. Die Eigentumsarten – von der blossen Herrschaft über Sachen bis zur globalen Herrschaft über Menschen – lassen sich jedenfalls nicht über einen Leisten schlagen.
4. Wenn „Demokratisierung der Wirtschaft“ eine ernst gemeinte Vision sein soll, dann müsste im Kapitel „UNSER WEG“ auch etwas über die Schritte oder Modelle gesagt werden, wie wir dieser Vision näherkommen. Sonst wirkt die sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie schemenhaft und wenig attraktiv. Das Parteiprogramm 2010 enthält aber noch eine Reihe weiterer Vorschläge, zum Beispiel zur Sozialpolitik, die der Gegenvorschlag aufgreift und damit eine längere Kurzfassung (insgesamt 16'200 statt 9'800 Zeichen) in Kauf nimmt.

Kurzfassung des Parteiprogramms 2010

Für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie

UNSERE GRUNDWERTE

1. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte der Sozialdemokratie. Sie stehen in der Tradition des revolutionären Dreigestirns „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“. Das Projekt der Aufklärung bleibt solange unerfüllt, als Freiheit vorab als Freiheit der Besitzenden verstanden und durchgesetzt wird.

2. Freiheit

Nur eine Gesellschaft, in der es die Gleichheit an Freiheiten gibt, ist eine freiheitliche Gesellschaft. Die SP Schweiz verteidigt die Freiheitsrechte, insbesondere die Gewissens- und Religionsfreiheit, die Meinungsäusserungs-, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Wir setzen politischem Irrationalismus und religiösem Fundamentalismus das Modell einer pluralistischen Gesellschaft im laizistischen Staat entgegen.

3. Gerechtigkeit

Kern der sozialen Gerechtigkeit ist die gesellschaftliche Gleichstellung der Menschen. Dazu gehören einklagbare soziale Grundrechte auf Arbeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit und Existenzsicherung.

Jeder Mensch soll unabhängig von seinem Geschlecht, seiner Hautfarbe, seiner religiösen und sexuellen Orientierung, seiner Herkunft und Nationalität die gleichen Lebenschancen haben.

4. Solidarität

Solidarität ist bewusste Parteinahme für die Unterdrückten, Ausgebeuteten, sozial Schwachen und für die bedrohte Natur. Es geht der SP Schweiz um den Einsatz für alle statt für wenige, für die heute Lebenden wie die Nachgeborenen, im eigenen Land und weltweit.

UNSERE VISION

1. Der demokratische Sozialismus

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben eine visionäre Tradition. Die Vision heisst demokratischer Sozialismus. Dieser beruht auf unseren Grundwerten, achtet die unantastbare Würde des Menschen und befreit ihn von Ausbeutung, Unterdrückung und Not. Kern des demokratischen Sozialismus ist die Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche unserer Gesellschaft.

2. Die Demokratisierung der Wirtschaft

Die SP Schweiz ist eine Partei, die den Kapitalismus nicht als Ende und schon gar nicht als Vollendung der Geschichte akzeptieren will. Sie hat die Vision einer Wirtschaftsordnung vor Augen, die über den Kapitalismus hinausgeht und diesen durch die Demokratisierung der Wirtschaft letztlich überwindet.

Heute führt der globalisierte Kapitalismus zu einer Regulierung der Politik durch die Wirtschaft, statt dass die demokratische Politik die Wirtschaft regulieren würde. Der Staat verliert an Macht, die Demokratie an Boden, das private Streben nach maximalem Profit drängt das Streben nach Gemeinwohl in die Defensive; die Privatisierung öffentlicher Güter wird vorangetrieben. Die autoritäre Wirtschaft gefährdet die politische Demokratie. Das vorherrschende kapitalistische Produktionsmodell übernutzt die biologische Kapazität der Erde.

Wir wollen, dass nicht der Mensch im Dienst der Wirtschaft steht, sondern die Wirtschaft im Dienst des Menschen. Wir wollen die Menschen aus fremdbestimmter Erwerbsarbeit befreien und die Diskriminierung der Frauen beseitigen. Wir wollen eine Wirtschaft, die dem guten Leben dient, die natürlichen Lebensgrundlagen erhält und das Zusammenleben aller in einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft fördert, in der wir gerne leben.

3. Eine neue Eigentumsordnung und ein neues Bodenrecht

Den Kern der Demokratisierung der Wirtschaft bildet die Demokratisierung der Eigentumsordnung. Sie ist auch deshalb wichtig, weil Grossunternehmen gesellschaftliche Machtfaktoren sind und international tätige Finanz- und Industriekonzerne sich nationalstaatlichen Regulierungen überhaupt entziehen.

Die SP will das persönliche und das gewerbliche Eigentum nicht abschaffen. Sie steht für eine sozialpflichtige, nach ökologischen und ökonomischen Aufgaben unterschiedlich ausgestaltete Eigentumsordnung. In der Wirtschaftsdemokratie liegt insbesondere der Boden im Eigentum der öffentlichen Hand, der landwirtschaftlichen Genossenschaften, der gemeinnützigen Baugenossenschaften sowie der Selbstnutzer und -nutzerinnen.

4. Eine gerechte und friedliche Weltordnung

Es gibt keinen demokratischen Sozialismus ohne eine gerechte, friedliche und nachhaltige Weltordnung. Es darf nicht sein, dass Handelswaren nur deshalb konkurrenzfähiger sind, weil sie mit Zwangs- und Kinderarbeit produziert werden oder weil für die Zerstörung der Umwelt niemand aufkommen muss. Wir wollen eine Weltwirtschaft, die den Menschen in den Industrieländern und in den Ländern des Südens gleichermaßen dient.

Wir stehen für die Abschaffung der Schweizer Armee ein.* Unsere Vision ist ein kollektives Sicherheitssystem unter Führung der UNO, das für Gewaltfreiheit und Sicherheit sorgt sowie Strategien gegen menschenverachtende Regime und zerfallende Staaten entwickelt. Ziel ist die Abschaffung der Armeen und deren Ersatz durch internationale Truppen zur Friedenserhaltung.

5. Nachhaltige Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen

Das heutige Produktionssystem beutet sowohl die Arbeitenden als auch die Natur aus. Es muss zu einem geschlossenen Kreislauf umgebaut werden, in dem die bisherigen Abfallstoffe die Ausgangsstoffe neuer Produktionszyklen sind. Ziel ist die Ressourcengerechtigkeit – niemand soll mehr Ressourcen verbrauchen, als sie den anderen und in der Zukunft allen gleichermaßen zustehen.

Erst dieser sozial-ökologische Umbau unseres Produktionssystems schafft die Grundlage für mehr und bessere Arbeitsplätze und für eine Befriedigung der materiellen Bedürfnisse im globalen Massstab.

UNSER WEG

1. Für eine zukunftsfähige Wirtschaftsdemokratie

Zur Wirtschaftsdemokratie führen verschiedene Modelle wie: die Erhaltung des Service public und dessen Ausdehnung auf weitere, auch transnationale Bereiche; der Ausbau des Genossenschaftswesens in Produktion, Dienstleistung und Wohnen; eine wenigstens gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeit mit dem Kapital in den grossen, auch in den transnationalen Unternehmen; der Umbau von Aktiengesellschaften in selbstverwaltete Mitarbeitergesellschaften; die Umwidmung des Pensionskassenkapitals zugunsten einer sozial-ökologischen Wirtschaft sowie die Demokratisierung internationaler Institutionen mit wirtschaftslenkender Zuständigkeit.

Auf ihrem Weg zur Wirtschaftsdemokratie setzt die SP sich ein für ein Bodenrecht, das der Bodenspekulation den Riegel schiebt und Bodenrenten, denen keine Leistung gegenübersteht, mit einer Steuer abschöpft. Der Anteil der Wohnbaugenossenschaften ist bis 2020 auf zehn Prozent zu verdoppeln.

In der neuen Wirtschaftsordnung hat auch der Markt eine Aufgabe zu erfüllen. Damit der Markt jedoch seine Qualitäten ausspielen kann, muss die Politik ihn steuern, ihm Leitplanken setzen und Ziele vorgeben, die den Menschen Lebensqualität und der Natur Schutz bieten. Zudem ist für die SP klar, dass unsere wichtigsten Lebensgrundlagen Wasser, Luft und auch grosse Landflächen (Wälder, Seen, Berge usw.) nicht Teil einer freien Marktwirtschaft sein können.

2. Mit Sozialpolitik unsere Lebensqualität verbessern

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich die Schere zwischen arm und reich weiter geöffnet. Die SP Schweiz will diesen Trend umkehren, das Steuersystem in den Dienst der Verteilungsgerechtigkeit stellen und die Sozialpflichtigkeit zur Grundlage einer neuen Eigentumsordnung machen.

Wer Vollzeit arbeitet, soll mit dem Lohn den Lebensunterhalt für sich und seine/ ihre Kinder bestreiten können. Um dieses Ziel zu erreichen, treten wir für einen gesetzlich garantierten, existenzsichernden Mindestlohn ein.

Alle auf temporären Erwerbsausfall ausgerichteten Versicherungen sind in einer einzigen allgemeinen Erwerbsversicherung (inkl. Elternschaft) zusammenzufassen. In der Altersvorsorge soll das Gewicht von den Pensionskassen auf die AHV verlagert werden, damit diese endlich das Verfassungsziel erreicht, den Existenzbedarf im Alter angemessen zu decken.

Subsidiär zur allgemeinen Erwerbsversicherung und zum existenzsichernden Mindestlohn soll eine garantierte Grundsicherung dafür sorgen, dass auch jene ein würdiges Leben führen können, die keine traditionelle Erwerbsarbeit leisten.

Der Zugang zu einer qualitativ guten Gesundheitsversorgung soll als Teil des Service public für alle, unabhängig von Alter, Geschlecht, Einkommen, Herkunft und Aufenthaltsstatus, gleichermassen gewährleistet bleiben. Dazu braucht es die obligatorische Grundversicherung mit einem Leistungskatalog, der die Gesundheitsbedürfnisse der Bevölkerung abdeckt. Die Finanzierung der Krankenversicherung muss einkommensabhängig erfolgen. Eine eidgenössische Gesundheitskasse soll dem Pseudowettbewerb der Krankenkassen um gute Risiken ein Ende setzen und die Versorgungsqualität insbesondere für ältere und chronisch Kranke verbessern.

3. Mit Bildung, Forschung und Kultur die Zukunft gestalten

Bildung ist ein hoher Wert, das Recht auf Bildung ein Menschenrecht. Wir lehnen die Ökonomisierung der Bildung ab und beharren auf ihrer emanzipativen Aufgabe und auf der grundlegenden Bedeutung von ‚zweckfreier‘ Allgemeinbildung für unsere Kultur. Bildung ist eine Voraussetzung für die aktive Teilnahme an der politischen und wirtschaftlichen Demokratie. Innovation und Forschung bilden eine wichtige Grundlage für Fortschritt und Wohlstand. Ihnen kommt auch im sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft eine Schlüsselrolle zu.

Für die SP Schweiz ist Bildung Teil des Service public. Alle sollen ein Leben lang freien Zugang zu Bildung erhalten. Die Durchlässigkeit muss auf allen Stufen gewährleistet sein. Schichtspezifische Hindernisse sind zu beseitigen. Es braucht familienergänzende Kinderbetreuung, vorschulische und schulbegleitende Angebote, Ganztageschulen, ein integratives Schulsystem, den Ausbau des Stipendienwesens, ein Recht auf Berufslehre und ein Recht auf Berufsbildung für Erwachsene mit wenig Vorbildung.

Das duale Berufsbildungssystem bedeutet ein Schlüsselement für die Integration in die Arbeitswelt. Dafür entscheidend ist ein ausreichend grosses Lehrstellenangebot, an dem sich auch jene internationalen Konzerne und Wirtschaftssektoren beteiligen müssen, die bisher keine Berufsbildungstradition aufweisen.

Die Förderung einer international vernetzten, ethisch fundierten Wissenschaft und Forschung ist zu intensivieren. Die Freiheit von Forschung und Lehre geht den Ansprüchen der Wirtschaft vor. Humanwissenschaften, Kunst und Kultur sind Teil der Wissensgesellschaft und gleichbedeutend wie die technischen Wissenschaften.

4. Die Demokratie und den Rechtsstaat stärken

Der demokratische Staat gehört zu den unverzichtbaren Bestandteilen einer guten Gesellschaft. Die direkte Demokratie ist die der Schweiz angemessene Regierungsform. Wir verteidigen die direkte Demokratie gegen eine Kritik, die sie als ineffizient, zu langsam oder gar zukunftsuntauglich bezeichnet.

So wichtig die Demokratie jedoch ist, auch eine Mehrheit darf nicht alles. Demokratie findet ihre Grenzen in den Menschenrechten und im Völkerrecht. Der Rechtsstaat muss durch die Einführung eines Verfassungsgerichts gestärkt werden.

Aber auch die direkte Demokratie bedarf der Demokratisierung, soll sie nicht zu einer Domäne des Kapitals und der von ihm ausgehaltenen Organisationen werden. Die SP Schweiz fordert mehr Transparenz und eine öffentliche Parteienfinanzierung. Alle müssen – unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten – gleichen Zugang zur Öffentlichkeit haben.

Die direktdemokratischen Instrumente müssen verfeinert werden durch ein Initiativrecht auf Gesetzesstufe, damit sich die Verfassung nicht in Einzelheiten verliert; ein konstruktives Referendum, um Gesetze nicht nur ablehnen, sondern auch verbessern zu können; eine neue Form der Volksinitiative, damit das Volk dem Bundesrat auch in der Aussenpolitik Handlungsaufträge erteilen kann.

Wir wollen niedergelassenen Eingewanderten das Stimm- und Wahlrecht gewähren und Menschen, die seit längerem in der Schweiz leben oder hier geboren sind, erleichtert einbürgern. Das Stimm- und Wahlrechtsalter soll auf 16 Jahre gesenkt werden.

5. Für starke staatliche Strukturen in Europa und weltweit

Der Ort, wo heute und in Zukunft europäische Politik gemacht wird, ist die Europäische Union. Die zahlreichen bilateralen Verträge mit der EU verhelfen der Schweiz zu mehr Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Es zeichnet sich aber ab, dass der bilaterale Weg steiler und steiniger wird. Der schleichende Souveränitätsverlust durch die automatische Übernahme von EU-Recht kann nur durch den mit einem Beitritt verbundenen Souveränitätsgewinn kompensiert werden.

Mit ihrem Beitritt zur EU muss sich die Schweiz dafür einsetzen, dass der Integrationsprozess in Europa weiter voranschreitet, die EU zu einer umfassenden Sozial- und Wirtschaftsunion ausgebaut und demokratisiert wird und den Service public nach den Bedürfnissen der Menschen gestaltet.

Die Schweiz muss auch weltweit ihre Verantwortung wahrnehmen und fünf zentrale Handlungsfelder bearbeiten: fairen Waren- und Kapitalverkehr, Entwicklung, Klimaschutz, Regulierung der Finanzmärkte und gute Regierungsführung. Die öffentliche Entwicklungshilfe muss einen Anteil von 0,7 Prozent vom Bruttonationaleinkommen übersteigen.

Die Schweiz soll für die Verankerung sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Standards in multi- und bilateralen Wirtschaftsabkommen eintreten und aktiv gegen die Steuerflucht – namentlich auch aus Entwicklungsländern – vorgehen. Multilaterale Regulierungen haben den Vorrang vor bilateralen Abkommen.

Es braucht eine Überwachung der Kapitalverkehrsströme, um namentlich Spekulationen gegen einzelne Staaten zu verhindern, sowie eine Finanztransaktionssteuer, die zur Stabilität des internationalen Finanzsystems beiträgt und schon auf regionaler Ebene eingeführt werden kann.

Die SP Schweiz setzt sich für global und demokratisch legitimierte Institutionen mit Kompetenzen der Rechtssetzung und der Rechtsdurchsetzung ein, damit nicht nur die Märkte globalisiert werden, sondern auch Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

6. Der Nachhaltigkeit zum Durchbruch verhelfen

Um den Klimawandel nicht weiter zu verschärfen, ist es unerlässlich, den Energieverbrauch pro Person auf einen Drittel, also 2000 Watt, und den CO₂-Ausstoss um rund 80 Prozent, auf maximal eine Tonne pro Person und Jahr, zu senken. Die SP startet eine Cleantech-Offensive mit dem langfristigen Ziel, den Gesamtenergieverbrauch der Schweiz ausschliesslich aus erneuerbaren Energien zu speisen. Als Zwischenziel soll er ab 2030 mindestens zur Hälfte aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Dies erhöht die Lebensqualität, schafft Arbeitsplätze und holt die Wertschöpfung von den Rohstoffkonzernen zu den Schweizer KMU zurück.

Die Schweiz hat ein System des öffentlichen Verkehrs von europaweit einmaliger Dichte und Qualität. Die Überlastung der Strassen lösen wir nur durch eine Verminderung des Individualverkehrs und einen konsequenten Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Zudem müssen die Arbeitswege der Menschen kürzer werden. Verdichtetes Bauen soll einer Zersiedelung entgegenwirken.

Es braucht Kostenwahrheit, auch im Flugverkehr.

7. Mit der Gleichstellung von Frau und Mann eine gerechte und soziale Gesellschaft verwirklichen

Trotz beträchtlicher Errungenschaften sind wir von echter Gleichstellung nach wie vor weit entfernt. Solange Frauen den ungleich grösseren Teil ihrer Arbeitskraft für die unbezahlte Familien- und Betreuungsarbeit aufwenden, bleiben sie von höheren Positionen weitgehend ausgeschlossen. Die Feminisierung dieser Arbeit ist begleitet von der Feminisierung der Armut. Der Grundsatz ‚Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit‘ ist prioritär anzugehen. Die Arbeitgebenden sollen beweisen, dass sie mit ihren Löhnen niemand diskriminieren.

Die bezahlte Lebensarbeitszeit ist so auszugestalten, dass Frauen und Männern Zeit bleibt, den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu pflegen und die unbezahlte Arbeit unter sich gerecht zu verteilen.

Die Steuern werden in Richtung Individualbesteuerung umgebaut, damit ein vom Zivilstand unabhängiges Steuersystem entsteht.

Die politische Beteiligung der Frauen in der Schweiz ist noch nicht gefestigt. Die SP will klare gesetzliche Rahmenbedingungen, Programme und Zeitpläne, um den Frauenanteil in Politik, Verwaltung und anderen öffentlichen Positionen zu erhöhen.

Zürich, 10. August 2012

Willy Spieler
Parteitagsdelegierter SP Zürich 1/2

* Die Armeefrage wird im Programm nicht so wiedergegeben wie am Programmparteitag 2010 beschlossen. Am kommenden Parteitag in Lugano wird deshalb ein Antrag auf Programm- und übrigens auch Protokollberichtigung gestellt. Die Formulierung in der Kurzfassung steht unter dem Vorbehalt des Parteitagsbeschlusses.

Mitunterzeichnende Parteitagsdelegierte:

Pascal Bührig, Vorstandsmitglied JUSO Kanton Zürich
Fabian Molina, Co-Präsident JUSO Kanton Zürich
Marco Geissbühler, SP Zürich 3.
Kurt Seifert, SP Winterthur
Felix Birchler, SP Wald
Andreas Burger, SP Zürich 6
Barbara Kern, Parteipräsidentin SP Thurgau
Michael Kraft, SP Zürich 10
Martin Nobs, SP Zürich 7
Eric Peytremann, PS Ville de Genève
Georges Meylan, PS Ville de Genève
Sabine Ziegler, SP Zürich 1/2
Cédric Wermuth, Nationalrat, SP Baden
Romain Felli, PS Lausanne
Gabriel Barta, PS Ville de Genève
Heinz Looser, SP Zürich 1/2
Benedikt Knobel, SP Thurgau
Jean-Claude Rennwald, ancien Conseiller national, PS Courrendlin
Jonas Steiner, SP Zürich 6
Sibylle Marti, Präsidentin SP Zürich 3
Stefan Reiser, SP Bern Süd
Tanja Walliser, SP Bern Nord
Monika Simmler, SP St.Gallen
Carlo Sommaruga, Conseiller national, PS Ville de Genève
Tom Cassée, SP Zürich 3
Barbara Gysi, Nationalrätin, SP Wil SG
Franco Cavalli, alt Nationalrat, SP Ascona
Hildegard Fässler, Nationalrätin, Grabs
Lukas Peter, SP Wetzikon
Sarah Wyss, JUSO, SP Basel-Stadt
Stefan Weber-Aich, SP Erlenbach

Mitunterzeichnete SP-Mitglieder ohne Parteitagsmandat:

Moritz Jeckelmann, SP Bern Nord
Wolf Stettler, SP Zürich 3
Erich Gmünder, SP Winterthur Stadt
Dan Gallin, SP Carouge (Genf)
Werner Kallenberger, SP Zürich 7/8
Stefan Wigger, SP Vorderland AR
Beat Jurt, SP Ittigen
Ferdinand Troxler, SP Köniz
Monika Wicki, Präsidentin SP Bezirk Hinwil

Sonja Rüegg, SP Gossau
Bruno Meili, SP Zürich 6

Stellungnahme der GL: Modifiziert annehmen

Begründung: Die Geschäftsleitung nimmt gerne den Kritikpunkt auf, wonach in der vorliegenden Kurzfassung die Grundwerte fehlen. Das ist aus Platzgründen geschehen, wobei aber der hohen Bedeutung dieses Wertrahmens fälschlicherweise zu wenig Bedeutung geschenkt worden ist. Die GL empfiehlt daher, dass der Kurzfassung der GL das von den Antragstellenden vorgeschlagene Kapitel „Unsere Grundwerte“ vorangestellt wird. An der Formulierung des restlichen Texts der Kurzfassung möchte die GL aber festhalten, da sich dieser Text so eng wie nur möglich am Text des Parteiprogramms bewegt. Nur so kann aus Sicht der GL dem Wunsch entsprochen werden, dass mit der Kurzfassung nicht der Beschluss des Parteitages von Lausanne in Frage gestellt bzw. verfälscht wird.

A-2 Matthias Aebschier et al., SP Bern Altstadt-Kirchenfeld

Positionen SP Schweiz

Wirtschaft: Die SP Schweiz setzt sich für ein Wirtschaftssystem ein, von dem alle und nicht nur wenige profitieren. Die Politik muss den Märkten Leitplanken setzen, damit diese den Menschen Lebensqualität und der Natur Schutz bieten.

Arbeitsmarkt: Die SP Schweiz setzt sich für sichere Arbeitsplätze ein. Alle Erwerbstätigen sollen dank würdigen Arbeitsbedingungen ihren eigenen Lebensunterhalt bestreiten können. Dazu braucht es gesunde sozialstaatliche Einrichtungen.

Gleichstellung: Die SP Schweiz setzt sich für die Gleichstellung von Mann und Frau ein. Der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss prioritär behandelt werden. Es braucht gesetzliche Rahmenbedingungen, um den Frauenanteil in Politik und Leitungsgremien zu erhöhen.

Umwelt: Die SP Schweiz setzt sich für eine nachhaltige Umweltpolitik ein. Das heute vorherrschende kapitalistische Produktionsmodell übernutzt die Erde. Der exzessive Ausstoss von Treibhausgasen, namentlich von CO₂, muss gebremst werden.

Energie: Die SP Schweiz setzt sich für erneuerbare Energien ein. Ziel ist es, den Gesamtenergieverbrauch der Schweiz langfristig ausschliesslich mit erneuerbaren Energien abzudecken. Die SP Schweiz will den Pro-Kopf-Energieverbrauch um zwei Drittel senken.

Mobilität/Raumplanung: Die SP Schweiz setzt sich für den öffentlichen Verkehr und verdichtetes Bauen ein. Der Individualverkehr soll vermindert, die Arbeitswege verkürzt werden. Verdichtetes Bauen wirkt zudem der Zersiedelung entgegen.

Bildung/Kultur: Die SP Schweiz setzt sich für mehr Geld in Bildung, Forschung und Kultur ein. Besser gebildete Menschen werden schneller und dauerhafter im Arbeitsmarkt integriert. Vielfältiges Kulturschaffen hilft einer Gesellschaft, sich zu orientieren und neue Ordnungen und Lebensentwürfe zu gestalten.

Migration: Die SP Schweiz setzt sich für eine aktive Integrations- und Nicht-Diskriminierungspolitik ein. Niedergelassenen, die seit längerem in der Schweiz wohnen, ist das Recht auf Einbürgerung zu gewähren. Diskriminierungen aller Art müssen gesetzlich verboten werden.

Armee: Die SP Schweiz setzt sich für eine gerechtere und friedlichere Weltordnung ein. Vision der SP ist es, die nationalen Armeen durch ein Schutzsystem der Völkergemeinschaft zu ersetzen.

Europa: Die SP Schweiz setzt sich für starke staatliche Strukturen in Europa ein. Der schleichende Souveränitätsverlust der Schweiz durch die automatische Übernahme von EU-Recht kann nur durch ein besseres Mitspracherecht erreicht werden. Deshalb will die SP, dass die Schweiz ein vollberechtigtes EU-Mitglied wird.

Stellungnahme der GL: Entgegennehmen

Begründung: Die GL begrüsst die Idee der Antragstellenden, das Parteiprogramm auf zehn Kurzforderungen zu reduzieren. Solche Zusammenfassungen können zwar ein sinnvolles Kommunikationsmittel insbesondere bei Strassenaktionen etc. darstellen. Aber diese sehr verkürzte Form wird aus Sicht der GL der Forderung des Parteitages in Lausanne nach einer Kurzfassung des Parteiprogramms, die inhaltlich vollständig dem Parteiprogramm entspricht, nicht gerecht. Die GL empfiehlt daher, dass die Partei diesen Vorschlag künftig – je nach Bedarf und Situation – in Ergänzung zum umfassenden Parteiprogramm und zur Kurzfassung verwenden kann. Zwingend wäre dabei aber insbesondere die Ergänzung des Zehn-Punkte-Programms um einen Punkt Sozialpolitik.

A-3 Michel Zimmermann, PS Rive-droite/Lac

Proposition : Ajouter dans la version brève du programme du PSS

Motif : Le 21 avril 2008, Elmar Schnee, alors directeur de Merck-Serono, déclarait dans la *Süddeutsche Zeitung* : «En Suisse, on peut facilement licencier ses collaborateurs, ce qui est presque impossible en Allemagne». C'était-là l'un des arguments avancés par le groupe Merck pour justifier l'achat de Serono (16 milliards de francs !).

La Suisse est, de tous les pays développés et industrialisés de l'OCDE, celui dont la législation sur le travail, au chapitre des licenciements, est la plus laxiste et libérale.

Les patrons, à l'instar de l'Allemand Elmar Schnee, ne s'y trompent pas. En ce sens, parler en Suisse « d'employé-Kleenex » ne relève pas d'un abus de langage.

Pour les travailleuses et les travailleurs de notre pays, la menace permanente de se faire licencier est insoutenable. Elle représente un frein puissant à la syndicalisation des salariés et installe un climat de peur qui, sur le lieu de travail, est propice aux pressions et dérives de toutes sortes (mise en concurrence déloyales des salariés entre eux, exploitation accrue, gains de productivité obtenus sous la menace, détérioration des conditions de travail et de vie des employés etc.).

Pour nous, socialistes, comme pour tous les syndicalistes que compte notre parti, les licenciements économiques prononcés sous prétextes de restructuration ou de délocalisation par des entreprises dont la santé économique n'est pas à remettre en cause (pensons à Novartis à Nyon et Bâle et Merck-Serono à Genève) sont inadmissibles. Ces licenciements, dont les coûts sont intégralement mis à la charge de la collectivité, sont le produit d'une législation lacunaire et complaisante. Cela doit changer !

Projet de résolution : Le PSS, en collaboration avec les syndicats, s'engage à tout mettre en œuvre (notamment en mobilisant les travailleuses et travailleurs de Suisse) pour imposer que de véritables protections contre les licenciements soient inscrites dans la loi. Les licenciements économiques décidés par des entreprises affichant de confortables bénéfices doivent être juridiquement tenus pour abusifs et pénalement poursuivis. Les pertes occasionnées par ces licenciements au détriment des assurances sociales feront l'objet de fortes amendes compensatoires et la conclusion de plans sociaux sera obligatoire et juridiquement encadrée. Le coût social de ces licenciements sera établi, il sera mis à la charge des entreprises.

Stellungnahme der GL: Ablehnen

Begründung: Es ist die klare Absicht der GL, dass wir auf Ergänzungen zur Kurzfassung - und mögen sie noch so politisch begründet sein - verzichten. Die Kurzfassung soll inhaltlich nicht vom Parteiprogramm abweichen.

A-4 Graziano Pestoni, PS Monte Carasso

« Les services publics ne sont pas à vendre »

La proposition que j'ai présentée lors de notre Congrès de Lausanne en 2010 a été très majoritairement adoptée, elle tient en trois lignes et mérite d'être rappelée :

« Le PS considère que seul un service public soumis au contrôle – non seulement du point de vue stratégique mais également opérationnel – est en mesure de garantir des prestations adaptées à la population. En ce sens, le PS réclame que Swisscom soit renationalisée et que La Poste et les chemins de fer soient à nouveau soumis au contrôle direct de la Confédération ».

Entre 2010 et 2012, sous prétexte de service universel, les politiques de libéralisation et de privatisation des services publics ont été aggravées sans que notre parti ne prenne de véritables mesures pour y mettre un coup d'arrêt.

C'est pourquoi, je demande que notre Congrès de Lugano confirme son soutien à la proposition que j'avais présentée en 2010 à Lausanne et demande que cette dernière soit inscrite, sans modification, autant dans le programme du PSS que dans sa version brève.

Pour nous, socialistes, il est insupportable de voir le service public livré à un marché toujours plus opaque, à une concurrence de bazar et à un système qui fait passer l'intérêt des actionnaires, du commerce et du secteur privé avant celui des usagers et des citoyens.

Stellungnahme der GL: Ablehnen

Begründung: Es ist die Absicht der GL, die Kurzfassung möglichst kompakt zu formulieren und nicht in einzelnen Bereichen Detailforderungen einzubauen, während in anderen Bereichen alles sehr allgemein formuliert ist. Würden wir aber in allen Bereichen detaillierte Forderungen aufnehmen, wäre die Kurzfassung nicht mehr kurz, sondern einfach eine etwas weniger lange Fassung des Parteiprogramms.

A-5 PS vaudois, Introduction

Le Parti socialiste vaudois rejette la formulation actuelle du résumé du programme qui ne reflète aucunement le fil conducteur du programme adopté au Congrès de Lausanne en 2010. Le PSV regrette en effet que la notion de démocratisation de l'économie, placée au centre du programme, soit quasi absente de ce résumé et que ses applications (développement des coopératives et des services publics, renforcement des droits des salarié-e-s, etc...) n'y figurent pas, alors que ce sont des propositions fondamentales pour les socialistes. Le PSV présente dès lors plusieurs amendements. Si ceux-ci ont la grâce du comité directeur, il soutiendra cette version résumée amendée. Dans le cas contraire, il se ralliera à une version alternative du programme, déjà formulée par des camarades alémaniques.

Stellungnahme der GL siehe einzelne Detailanträge.

UNSERE VISION

1. Die Demokratisierung der Wirtschaft

A-6 PS vaudois, Notre vision :Point 1, avant-dernière ligne

Remplacer « société libérale » par « société garante de notre liberté ».

Motif : le terme « libéral » ne se limite pas aux questions sociétales mais concerne aussi les questions économiques sur lesquelles nous ne partageons pas une vision libérale. Une précision est nécessaire pour enlever toute ambiguïté. Le programme ne présente aucune ambiguïté sur cette question ; il serait maladroit de laisser la formulation actuelle dans le résumé.

Stellungnahme der GL: Annehmen (nur französische Version)

2. Eine neue Eigentumsordnung und ein neues Bodenrecht

A-7 PS vaudois et PS Lausanne, Notre vision : Point 2

Remplacer « Le socialisme ne veut pas supprimer la propriété... réforme agraire » par

Le socialisme démocratique place le droit foncier et la propriété soit au service de la justice sociale et de la durabilité, ce qui implique également une profonde réforme agraire en vue d'une meilleure répartition des terres. OU

Le socialisme démocratique veut placer le droit foncier et la propriété au service du bien commun, de la justice sociale et de la durabilité. Cela ne signifie pas une suppression de la propriété mais une réforme agraire et foncière en vue d'une meilleure répartition des terres.

Motif : La démocratisation de l'économie impose à notre avis d'évoquer ici la justice sociale et l'intérêt général qui doit primer dans notre politique foncière. La version originale nous paraît trop défensive.

Stellungnahme der GL: Ablehnen

Begründung: Die Kurzfassung soll möglichst nicht vom Originaltext abweichen (analog Begründung A-1)

3. Eine solidarische Gesellschaftsordnung

A-8 PS vaudois, Notre vision : Point 3

Ajouter à l'avant-dernière ligne : « dans l'égalité des droits **et la dignité** , et d'accéder...»

Motif : En résumant, l'aspect de politique sociale intégrative a disparu au profit du seul concept d'inclusion... Il convient d'au moins mentionner le fait que la solidarité doit permettre à chacun de vivre dans la dignité.

Stellungnahme der GL: Annehmen

4. Eine gerechte und friedliche Weltordnung

A-9 Gilbert Vernez, PS La Tour-de-Peilz, Chapitre 4, 2^e paragraphe, 2^e ligne

DEMANDE : Compléter la phrase : < L'objectif est la suppression de toutes les armées, l'armée suisse y compris, ... > par < A long terme l'objectif est la suppression de toutes les armées, l'armée suisse y compris, ... >

EXPLICATION :Si vis pacem, para bellum . Si tu veux la paix, prépare la guerre !

Vous savez les réactions très négatives que l'on a entendues et lues lorsque le chapitre sur l'armée suisse a été diffusé. Mon intervention ne vise pas à ré-ouvrir un débat sur la suppression ou non de l'armée ; c'est d'abord le rôle d'un groupe de réflexion .

Pour le moment un parti , qui siège dans le gouvernement fédéral, ne doit pas proposer de modifier brutalement les particularités historico – politico militaires de la Suisse. Et il convient aussi de tenir compte des sentiments de la population suisse.

C'est pourquoi **à long terme** l'objectif de supprimer toutes les armées apparaît plus réaliste et moins idéaliste.

Stellungnahme der GL: Ablehnen

Begründung: Die Kurzfassung soll nicht vom Originaltext abweichen. (analog Begründung A-1)

A-10 PS vaudois et PS Lausanne, Notre vision : Point 4

« Il n'est pas admissible que... pratiquement gratuite »

Préciser :

«... que parce qu'elles sont produites par le travail forcé, le travail des enfants, par un travail sous-payé ou effectué dans de mauvaises conditions ou encore au détriment de l'environnement. »

Motif : Un monde juste et pacifique doit intégrer la question salariale et syndicale d'ordre général et pas seulement se limiter à une revendication tiers-mondiste d'interdiction du travail des enfants et du travail forcé. Cette question, intégrée dans le programme sous le volet « démocratisation de l'économie » peut à notre sens figurer ici de manière plus synthétique.

Stellungnahme der GL: Annehmen

Begründung: Der Antrag präzisiert einen wichtigen Punkt des Textes.

A-11 PS vaudois, Notre vision : Point 4, deuxième paragraphe, avant-dernière ligne

Biffer « autant que possible »

Motif : La partie « notre vision » doit permettre d'exprimer un objectif sans faire d'emblée un compromis...

Stellungnahme der GL: Annehmen

5. Nachhaltige Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen

UNSER WEG

1. Mit Sozialpolitik unsere Lebensqualität verbessern

A-12 PS vaudois et PS Lausanne, Notre voie : Point 1, 1^{er} paragraphe

« Comme cette assurance n'est pas garantie »

Phrase supprimée et remplacée par :

Comme l'économie actuelle ne garantit pas cette sécurité, il faut non seulement la réguler mais s'assurer que la perte de salaire soit compensée par un revenu de substitution permettant de se maintenir dans la vie sociale, de se former et de retrouver un travail. En plus de renforcer l'Etat social, nous voulons développer une politique sociale préventive, garante d'une meilleure qualité de vie.

Motif : Un des points forts du programme sur ce volet est le projet de politique sociale préventive qui se matérialise dans la politique familiale p.ex., la formation continue et une fiscalité redistributive.

Stellungnahme der GL: Annehmen

Begründung: Der Antrag präzisiert einen wichtigen Punkt des Textes.

A-13 Karl Gruber, SP Pfäffikon ZH: Kapitel „Unser Weg“, Punkt 1

Antrag: Neuer Satz am Schluss von Absatz 1: „Und es braucht eine sozialstaatliche Vorsorge, welche im Alter oder bei einer Behinderung, die kein ausreichendes Erwerbseinkommen zulässt, ein Leben in Würde gewährleistet“.

Begründung: Im ersten Abschnitt über die Sozialpolitik ist der Fokus allein auf die Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit resp. bei deren Ausfall gerichtet. Es fehlt der Bezug zur Existenzsicherung nach der Erwerbsphase, d.h. im Ruhestand, sowie bei einer Behinderung, welche eine existenzsichernde Erwerbsarbeit verunmöglicht. Die Zielsetzung vom „Ruhestand in Würde“ figuriert auch im Parteiprogramm.

A-14 Karl Gruber, SP Pfäffikon ZH: Kapitel „Unser Weg“, Punkt 1

Antrag: Ergänzung des ersten Satzes von Absatz 2: „(...) und die besonderen Bedürfnisse aller Lebensalter sowie das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen achtet.“

Begründung: Es ist wichtig, die spezifischen Bedürfnisse verschiedener Lebensphasen hervorzuheben und dabei insbesondere auch die Solidarität mit den Chronisch-Kranken und Langzeitpflege-Patienten im Auge zu behalten. Diese Problemfelder sind auch im Parteiprogramm enthalten. Das Selbstbestimmungsrecht gehört zu den grundlegenden Freiheitsrechten und ist gemäss Art 10 Abs. 2 der Bundesverfassung geschützt.

A-15 Angelika Neuhaus, SP Kanton Bern: Kapitel „Unser Weg“, Punkt 1

Antrag: 2. Absatz – Ergänzungssatz: „Die Versorgungsqualität für ältere und chronisch Kranke muss verbessert werden.“

Begründung: Die SP Kanton Bern begrüsst die vereinfachte Darstellung des Parteiprogramms und betrachtet die vorliegende Fassung als gut gelungen. Trotzdem fehlt uns ein wichtiger Teil sozialdemokratischen Gedankenguts: das Altern in Würde. Die beiden Anträge beziehen sich auf die finanzielle Existenzsicherung sowie auf das Gesundheitswesen im Alter. In Zeiten von Finanzknappheit, angstmachenden Zukunftsprognosen und schwindender Solidarität in der Gesellschaft erachten wir die explizite Erwähnung unserer politischen Vision eines Alterns in Würde für alle als zwingend.

A-16 Angelika Neuhaus, SP Kanton Bern: Kapitel „Unser Weg“, Punkt 1

Antrag: 1.Absatz- Ergänzungssatz: „Wir wollen ein Altern in Würde für alle: Die AHV muss den Existenzbedarf im Alter angemessen decken.“

Begründung: Die SP Kanton Bern begrüsst die vereinfachte Darstellung des Parteiprogramms und betrachtet die vorliegende Fassung als gut gelungen. Trotzdem fehlt uns ein wichtiger Teil sozialdemokratischen Gedankenguts: das Altern in Würde. Die beiden Anträge beziehen sich auf die finanzielle Existenzsicherung sowie auf das Gesundheitswesen im Alter. In Zeiten von Finanzknappheit, angstmachenden Zukunftsprognosen und schwindender Solidarität in der Gesellschaft erachten wir die explizite Erwähnung unserer politischen Vision eines Alterns in Würde für alle als zwingend.

Stellungnahme der GL zu A-11, A-12, A-13 und A-14: Modifizierte Annahme

Begründung: **A-11** und **A-12** präzisieren unsere Vorstellung einer sozialstaatlichen Vorsorge auf eine konzise Art und Weise und decken auch weitgehend die Anliegen von **A-13** und **A-14**. Entsprechend empfiehlt die GL die Ergänzung des Textes wie folgt:

„Und es braucht eine sozialstaatliche Vorsorge, welche *im Alter, bei einer Behinderung oder Krankheit*, die kein ausreichendes Erwerbseinkommen zulässt, ein Leben in Würde gewährleistet.“

sowie

„(...) und die besonderen Bedürfnisse aller Lebensalter sowie das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen achtet.“

A-17 PS vaudois, Notre voie : Point 1, 2^{ème} paragraphe

Ajouter à la fin « Nous voulons permettre une meilleure conciliation entre travail et famille et garantir une vraie redistribution des richesses. »

Motif : La redistribution des richesses et la conciliation travail-famille nous paraissent importantes et doivent figurer dans ce résumé.

Stellungnahme der GL: Annehmen

2. Mit Bildung, Forschung und Kultur die Zukunft gestalten

A-18 PS vaudois et PS Lausanne, Notre voie : Point 2, 1^{er} paragraphe

Biffer la moitié du 1^{er} paragraphe « Les personnes les mieux formées...marché du travail » et remplacer par

Phrase supprimée et remplacée par :

« Elles sont mieux à même de résister aux fluctuations et aux aléas du marché du travail. »

De meilleures formations permettent de mieux faire face aux aléas du marché du travail, donnent aux salarié-e-s de plus nombreuses possibilités de choix dans le domaine professionnel et garantissent une meilleure qualité de vie. Ils et elles ont ainsi davantage de chances de s'épanouir et d'évoluer dans leur métier.

Motif : La formulation originale peut être très mal interprétée. Elle assimile les personnes peu formées à des personnes en mauvaise santé. En tant que parti défenseur des salarié-e-s y compris des sans formation certifiée, nous estimons une telle rédaction inappropriée.

Stellungnahme der GL: Annehmen

Begründung: Der Antrag präzisiert einen wichtigen Punkt des Textes.

A-19 PS vaudois, Notre voie : Point 2, 2^{ème} paragraphe, 3 lignes avant la fin

Ajouter « L'Etat se doit donc d'investir dans la formation, dans les bourses d'étude et dans la formation continue pour... »

Motif : Il faut mentionner la question de l'accès aux études qui est de première importance pour le PS ; le meilleur moyen est de souligner notre appui aux bourses d'études.

Stellungnahme der GL: Annehmen

3. Die Demokratie und den Rechtsstaat stärken

A-20 PS vaudois, Notre voie : Point 3, 1^{er} paragraphe

Biffer la deuxième partie du paragraphe « Autant la forme démocratique nous tient à cœur... légitimé démocratiquement » et remplacer par :

Mais notre démocratie directe doit elle aussi être démocratisée. Elle devrait être plus transparente, plus accessible à tout-e citoyen-ne et libérée du diktat des lobbies. Elle devrait s'étendre aussi à d'autres domaines comme l'économie et apprise de manière appropriée déjà à l'école

Motif : Le projet actuel sous « renforcer la démocratie » ne fait qu'évoquer les limites de la démocratie. Ce n'est pas ainsi que nous réussissons à renforcer la démocratie...

Stellungnahme der GL: Annehmen

Begründung: Der Antrag präzisiert einen wichtigen Punkt des Textes.

A-21 PS vaudois, Notre voie : Point 3, 2^{ème} paragraphe

Le PS veut renforcer la démocratie sur le plan national en garantissant une transparence et un plafonnement du financement des partis et des campagnes, en améliorant les outils de la démocratie directe et en favorisant l'intégration des migrant-e-s et des jeunes à la démocratie. Sur le plan international, nous plaignons pour une démocratisation des organisations internationales.

Motif : La proposition de « séparation des pouvoirs » n'est pas très pertinente car peu contestée par les autres forces politiques...

Stellungnahme der GL: Annehmen

Begründung: Der Antrag präzisiert einen wichtigen Punkt des Textes.

4. Für starke staatliche Strukturen in Europa und weltweit

A-22 Felix Birchler, SP Wald ZH, Kapitel „Unser Weg“, Punkt 4

Antrag: Im Satz zur Abschaffung der Schweizer Armee muss das sinnwidrige „daher“ gestrichen werden. Ausserdem gehört dieser Satz an den Anfang des Abschnittes. Neu würde es also heissen: „Wir stehen für die Abschaffung der Schweizer Armee ein. International treten wir für den Aufbau...“

Begründung: Der Vorschlag der GL macht den Aufbau eines kollektiven Sicherheitssystems unter Führung der UNO zu einer Vorbedingung für unsere Forderung nach Abschaffung der Schweizer Armee. Das entspricht nicht dem Entscheid des Programmparteitages. Dort wurde die Abschaffung der Armee nicht im Rahmen der Abschaffung aller Armeen dank kollektiver Sicherheit beschlossen, sondern im Sinn einer beispielhaften Pionierrolle der Schweiz. Die Zielsetzung der Abschaffung der Schweizer Armee besteht unabhängig von internationalen Zielsetzungen und darf nicht mit dem Wort „daher“ an weitere Vorbedingungen geknüpft werden.

Stellungnahme der GL: Annehmen

A-23 PS vaudois et PS Lausanne, Notre voie : Point 4, titre

« Structures étatiques »

Expression supprimée et remplacée par :

Collectivités publiques.

Motif : Le terme nous paraît plus approprié.

Stellungnahme der GL: Annehmen (nur französische Version)**A-24 PS vaudois, Notre voie : Point 4**

Reformuler comme suit :

La Suisse est étroitement liée aux autres pays européens et à l'Union européenne. Les nombreux accords bilatéraux conclus entre la Suisse et l'UE ont simplifié notre vie dans bien des domaines et apporté davantage de liberté, de sécurité et de bien-être. Mais la voie bilatérale devient étroite et ardue, et la Suisse n'a pas voix au chapitre des décisions européennes qui la concerne. La sécurité, la paix, la lutte contre les catastrophes humanitaires imposent à la fois des collectivités publiques fortes, solidaires et coopératives, en Suisse, en Europe et au-delà.

Sur le plan international, le PS prône le développement d'un système de sécurité sous l'égide de l'ONU. L'objectif est la suppression de toutes les armées, l'armée suisse y compris, et leur remplacement par des troupes internationales de maintien de la paix. En Suisse, les collectivités publiques doivent garantir la sécurité en contrôlant sérieusement le marché des armes et en donnant les moyens adéquats et suffisants aux corps de police publics. Sur le plan économique, le commerce équitable doit devenir la norme et les contributions suisses à la coopération au développement doivent dépasser 0.7% du PNB.

Motif : La question de l'UE n'est pas la seule à être évoquée dans ce chapitre. La question de la coopération internationale l'est également ainsi que celle, très importante à nos yeux, de la sécurité publique. Faire l'impasse sur de telles missions étatiques nous paraît pas représentatif du programme.

Stellungnahme der GL: Annehmen

Begründung: Die Kurzfassung soll möglichst nicht vom Originaltext abweichen.

5. Für eine zukunftsfähige Wirtschaft im Dienste aller Menschen

A-25 PS vaudois et PS Lausanne, Notre voie : Point 5 : pour une économie au service de toutes et tous

Reformuler comme suit :

L'ordre économique actuel ne permet pas à de nombreuses personnes de satisfaire leurs besoins essentiels ; le dogme de l'idéologie néolibérale qui veut soumettre tous les domaines de la vie au principe de concurrence a fait la démonstration de son échec. En démocratisant l'économie, le PS veut corriger les graves lacunes du marché et réorienter l'économie de manière sociale et écologique. Il s'agit de fixer des standards sociaux et écologiques sur le plan légal, de réguler l'activité économique plutôt que d'en faire une zone de non-droit et de développer les secteurs qui se trouvent en mains publiques ou sous contrôle démocratique. Ainsi, les acteurs économiques seront davantage orientés vers les besoins des citoyen-ne-s au lieu de rechercher le profit à tout prix. Et les salarié-e-s disposeront enfin d'une rémunération équitable.

Concrètement, le PS plaide pour un renforcement des droits des salarié-e-s (droits de participer aux décisions, renforcement des conventions collectives) et pour de meilleures conditions de travail et salariale (salaires minimaux, temps de travail, limitation des écarts de salaires). Les banques cantonales et coopératives doivent soutenir en priorité les PME et coopératives qui s'orientent vers une économie plus sociale et durable. En parallèle, le PS veut maintenir et développer les services publics qui doivent être à la disposition de toutes et tous aux mêmes prix et à un niveau élevé de qualité dans toutes les régions du pays.

Stellungnahme der GL: Annehmen

Begründung: Die Kurzfassung soll möglichst nicht vom Originaltext abweichen.

6. Der Nachhaltigkeit zum Durchbruch verhelfen**A-26 Angelika Neuhaus, SP Kanton Bern: Kapitel „Unser Weg“, Punkt 6**

Antrag: 1. Absatz, letzter Satz: „.....Die Überlastung der Strassen lösen wir nur durch eine Verminderung des Individualverkehrs und einen konsequenten Ausbau des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs.“

Begründung: Der Langsamverkehr spielt gerade in Städten und Agglomerationen eine immer wichtigere Rolle und sollte in einem Parteiprogramm, das zukunftsgerichtet ausgestaltet ist, aufgenommen werden.

Stellungnahme der GL: Annehmen**Gegenüberstellung Modifizierte Kurzfassung GL vs. Kurzfassung Antrag A-1**

Stellungnahme der GL: Zustimmung Modifizierte Kurzfassung GL